

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung vom 27. Jänner 2011

Erster Tagesordnungspunkt der Sitzung war eine aktuelle Stunde zum Thema „Leistungen der Freiwilligen in Niederösterreich“:

- [Leistungen der Freiwilligen in Niederösterreich](#)

Klubobmann Gottfried Waldhäusl sprach den Freiwilligen Respekt, Dank und Anerkennung aus, weiters sicherte er ihnen die volle Unterstützung für ihre Anliegen zu. Die Freiwilligen seien das Rückgrat unseres Landes und würden sich in Blaulichtorganisationen, in Sportvereinen, bei der Blasmusik oder ehrenamtlich in Pflegeheimen engagieren. Die Freiwilligen hätten für Kürzungen auf Gemeindeebene kein Verständnis. 99 Prozent der Freiwilligen arbeiteten nicht nur unentgeltlich, sondern auch unpolitisch. Das solle auch so bleiben.

Abgeordneter Erich Königsberger sprach vom „Herz der modernen Zivilgesellschaft“. Allerdings gingen den Vereinen langsam die Freiwilligen aus. Vor allem in der Privatwirtschaft werde freiwilliges Engagement nicht sehr geschätzt.

- [Änderung der NÖ Landtagswahlordnung 1992](#)

Antrag einstimmig angenommen.

*Waldhäusl: FPÖ setzt sich bei der Neugestaltung des Landtagswahlrechtes durch
Utl.: Wahlmissbrauch wie in Altmelon ist in Zukunft unmöglich*

„Die ÖVP hat allen freiheitlichen Forderungen im Hinblick auf die Änderung der NÖ Landtagswahlordnung nachgegeben. Das nun zur Beschlussfassung anstehende Landtagswahlrecht trägt die freiheitliche Handschrift. Wir freuen uns über diesen Erfolg!“, sagt KO Gottfried Waldhäusl.

Den Freiheitlichen ist es im Zuge der Parteienverhandlungen gelungen, das umstrittene Briefwahlrecht so zu definieren, dass Missbrauch in Zukunft ausgeschlossen ist. „In Zukunft wird man wirklich nurmehr persönlich eine Wahlkarte beantragen können, die Zeiten parteipolitisch motivierter Briefträger wie in Altmelon ist damit vorbei!“, erklärt der Klubobmann.

„Die ÖVP hat in diesem Zusammenhang mit uns Verhandlungen auf Augenhöhe geführt, wir sind deshalb auch davon überzeugt, dass wir hier ein gutes und demokratisches Paket für Niederösterreich schnüren!“, schließt der Klubobmann.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl erklärte, dass seine Fraktion dem Antrag gerne beitreten werde. Nach längerer Diskussion habe es ein Ergebnis gegeben, das es möglich mache, eine Novellierung zu beschließen, durch die Missbrauch und Ungereimtheiten nicht mehr vorkommen sollten. Man müsse taktisches Wählen in Zukunft absolut ausschließen.

Abgeordneter Benno Sulzberger ging auf das Beispiel der Gemeinde Sallingberg ein. Er betonte, dass man nun dem Antrag wohlwollend zustimmen könne. Es handle sich dabei um eine demokratiepolitisch sehr wichtige Angelegenheit.

- [Veranlagung des Landes Niederösterreich, Richtlinien, Berichte](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne.

Abgeordneter Erich Königsberger sagte, man sei bisher der Forderung seiner Fraktion nach einem schrittweisen Ausstieg aus den Veranlagungen - hin in Richtung mündelsichere Sparformen nicht nachgekommen. Steuergelder hätten seiner Ansicht nach am internationalen Spekulationsmarkt nichts zu suchen. Man werde daher diesen Bericht nicht zur Kenntnis nehmen.

- [Änderung des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ.

Abgeordneter Edmund Tauchner meinte, dass das Gleichbehandlungsgesetz auch zum jetzigen Zeitpunkt schon Kontrollmechanismen zur Verfügung stelle. Die Novelle bringe keine Verbesserungen, so dass seine Fraktion sich gegen selbige aussprechen werde.

Die folgenden 3 Tagesordnungspunkte, welche aus auf Ablehnung lautenden Anträgen aus den Ausschüssen bestehen, wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- [Einführung eines NÖ Familienpaketes](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ.

- [Verfassungsklage gegen das Sparpaket der Bundesregierung](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne

*FP-Waldhäusl: VP und SP betreiben Familienweglegung
Utl.: Verfassungsklage gegen das Sparpaket der Grauslichkeiten, sowie der FP-Familienrettungsschirm wurden im NÖ Landtag abgelehnt*

„Die Streithanseln von Rot und Schwarz sind sich in einer Sache einig. Nämlich dann, wenn es darum geht, unsere Familien auszubeuten und im Regen stehen zu lassen. Der Begriff Niederösterreich sei ein Familienland und der Ausspruch von LH Pröll „Die Familie ist uns das Heiligste“ sind nun endgültig als leere Worthülsen aufgefliegen!“, sagt Klubobmann Gottfried Waldhäusl.

Als „beschämend“ bezeichnet der Klubobmann den Umstand, dass die VP in Niederösterreich nicht bereit ist, dem Beispiel des Landeshauptmannes von Vorarlberg oder des 2.

Nationalratspräsidenten zu folgen, die beide „soviel Rückgrat besitzen“ gegen dieses Budget vor dem Verfassungsgerichtshof zu klagen.

„Früher hätte ein, damals noch junger und nicht so amtsmüder Landeshauptmann Pröll dieses Paket von Grauslichkeiten zurück nach Wien geschickt und den „Niederösterreichischen Weg“ eingeschlagen. Heute gibt es seitens der ÖVP nur betretene Stille!“, so Waldhäusl.

„Diese Ignoranz wird Rot und Schwarz auf den Kopf fallen. Die Familien sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Einer Schwulenehe wird, auch wenn man es sich noch so wünscht, kein Kind entspringen!“, schließt der Klubobmann.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl meinte, dass es nun darum gehe, den niederösterreichischen Weg zu gehen und den Familien zu helfen. Jetzt sollte das Land Niederösterreich als Ausgleich den Familien helfen. Er kritisierte dabei, dass die ÖVP sich lieber für die Anliegen der Homosexuellen einsetzt, während die Familien immer Mehr unter dem Sparpaket zu leiden haben.

Abgeordneter Edmund Tauchner sprach sich gegen die Kürzung der Familienbeihilfe aus und trat für die Wiedereinführung der Schulstarthilfe ein. Vor allem die Familien habe man in Niederösterreich in den vergangenen Jahren zu wenig gefördert. Weiters kritisierte er die Abänderung der Pflegestufen beim Pflegegeld.

- [Einführung eines NÖ Tankgutscheines](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ.

Abgeordneter Erich Königsberger meinte, das Bundesbudget 2011 mit einer höheren Mineralölsteuer bringe für Niederösterreichs Pendler eine höhere Belastung. Überdies sei der öffentliche Verkehr leider nur eine unattraktive Alternative für Pendler. Er forderte die Einführung eines Tankgutscheines für Pendler.

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- [Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sozialbericht 2009.](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne.

- [Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993](#)

Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne.

Abgeordneter Edmund Tauchner sagte, viele Problembereiche des sozialen Netzwerkes würden gar nicht beleuchtet. Es werde zu wenig getan, die Bildung kinderreicher Familien zu fördern. Die Herabsetzung der Pflegestufen stelle einen weiteren Anschlag auf das Sozialsystem dar. Dieser Weg sei kontraproduktiv, seitens des Landes müsste Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden.

- [Verbot von gentechnisch veränderten Organismen \(GVO\) in der Land- und Gartenwirtschaft in Niederösterreich.](#)

Antrag abgelehnt: Ablenkung ÖVP, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne.

Abgeordneter Benno Sulzberger sagte, dass man in Niederösterreich gentechnikfrei bleiben wolle. Es könne nicht im Sinn der Menschheit sein, dass Pflanzen und Tiere zum Verschwinden gebracht werden; dies würde auch landschaftsökologische Veränderungen hervorrufen, die man noch gar nicht ermessen könne. Es bestehe demnach Handlungsbedarf.

- [Ausbau des P&R-Systems](#)

Antrag einstimmig angenommen;

Zusatzantrag Abg. Königsberger betreffend Gratisparken für NÖ Pendler in Wiener Park&Ride Anlagen abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ;

Zusatzantrag Abg. Ing. Huber betreffend Park & Drive – Erweiterung entlang der Westautobahn A1 abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne;

Zusatzantrag Abg. Hintner betreffend Park & Drive-Anlagen – (Pendler-Parkplätze) entlang der NÖ Autobahnen und Schnellstraßen – einstimmig angenommen;

Abgeordneter Erich Königsberger meinte, viele Niederösterreicher würden in Wien arbeiten und durch die neuen Kurzparkzonen zusätzlich belastet. Gleichzeitig würden aber viele Park-and-Ride-Anlagen leer stehen. Gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Hafenecker, Ing. Huber, Tauchner und Sulzberger brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Gratisparken für NÖ Pendler in Wiener Park-and-Drive-Anlagen ein.

Abgeordneter Ing. Martin Huber meinte, die vielen Park-and-Ride-Anlagen an den Autobahnabfahrten in Niederösterreich müssten attraktiver ausgeführt werden. Gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Tauchner, Hafenecker und Sulzberger brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Erweiterung der Park-and-Ride-Anlagen entlang der Westautobahn A 1 ein.

Die nächsten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- [Bericht des Rechnungshofes über Medizinisch-technische Großgeräte mit Schwerpunkt in Niederösterreich und Salzburg](#)

Antrag einstimmig angenommen.

- [Bericht des Rechnungshofes über Tätigkeit des RH](#)

Antrag einstimmig angenommen.

- [Bericht des Rechnungshofes gemäß Art. 1 § 8 Bezügebegrenzungsgesetz](#)

Antrag einstimmig angenommen.

- [Bericht des Rechnungshofes über Standesamtsverbände und Staatsbürgerschaftsverbände](#)

Antrag einstimmig angenommen.

- [Bericht des Rechnungshofes über EU-Finanzbericht 2009](#)

Antrag einstimmig angenommen;

Resolutionsantrag Abg. Sulzberger betreffend Importbeschränkung für deutsches Schweinefleisch – Antrag nicht zugelassen;

Resolutionsantrag Abg. Sulzberger betreffend Herkunftsbezeichnung für Fleisch – A-Stempel – Antrag nicht zugelassen.

- [Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 9 der XVII. Gesetzgebungsperiode.](#)

Antrag einstimmig angenommen;

Resolutionsantrag Abg. Waldhäusl betreffend Errichtung einer Hubschrauberlandeereinrichtung für das Landesklinikum Waidhofen/Thaya abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne.

FP-Waldhäusl: VP will weiterhin keinen Hubschrauberlandeplatz im KH Waidhofen/Thaya Utl.: Auch der Rechnungshof bestätigt nun die letztjährige FP-Kritik, VP bleibt stur

„Es wird immer deutlicher, dass die Menschen im Waldviertel für die VP Bonzen Bürger zweiter Klasse sind. Mittlerweile kritisiert auch schon der Rechnungshof die vorsintflutliche Rettungsinfrastruktur in Waidhofen/Th.. Die ÖVP sieht aber weiter keinen Handlungsbedarf!“, kritisiert KO Gottfried Waldhäusl die Ablehnung seines Antrages zur Verbesserung der Versorgung von Unfallopfern im KH Waidhofen an der Thaya.

Momentan muss der Notarzhubschrauber in über einem Kilometer Entfernung auf einem Sportplatz landen und die schwer verletzten oder erkrankten Patienten werden oft bei widrigsten Wetterbedingungen in den Hubschrauber verfrachtet und in ein anderes Kranken-

haus gebracht. Dadurch geht oft wertvolle Zeit verloren, Patienten mit Rückgratverletzungen müssen unnötig oft bewegt werden. Im Zuge der Sanierung des Daches wäre es daher nur vernünftig gewesen diesen Hubschrauberlandeplatz mit zu errichten, die ÖVP lehnt das aber ab.

„Hier sieht man wieder einmal, dass die VP Wasser predigt und Wein trinkt. Einerseits stellt man sich ins Plenum und beschwört, alles Menschenmögliche unternehmen zu wollen, um die Freiwilligen und die kleinstrukturierten Regionen zu fördern, andererseits lehnt man nun schon zum zweiten Mal einen Antrag ab, der den Menschen im Waldviertel Schutz, Sicherheit Lebensqualität und nicht zuletzt auch Wertschätzung entgegengebracht hätte!“

Klubobmann Gottfried Waldhäusl erklärte, die Stiftung des Bürgerspitalfonds in Krems betreibe keine Seniorenheime mehr. Laut Rechnungshofbericht müsse die doppelte Verwaltungsstruktur beseitigt werden. Die Überprüfung der Hubschrauberlandeplätze an den Landeskliniken zeige, dass die seinerzeitige FP/SP-Forderung nach einer Errichtung in Waidhofen an der Thaya sehr wohl berechtigt gewesen sei. Ein **Resolutionsantrag** der FPÖ gemeinsam mit dem SPÖ-Abgeordneten Kernstock fordert die Errichtung dieses Hubschrauberlandeplatzes.

Abgeordneter Erich Königsberger sprach zum Gemeindeverband für Umweltschutz im Bezirk St. Pölten. Das Finanzchaos hier suche seinesgleichen. Die Erhöhung der Restmüllgebühr um 65 Prozent schlage dem Fass den Boden aus.

Abgeordneter Edmund Tauchner bezog sich auf den EU-Finanzbericht: Die Österreicher würden in die EU mehr einzahlen als sie von ihr hätten. Das Geld werde im Land schmerzlich vermisst. Auch das Verhältnis zwischen Gesundheits- und Kulturbudget zeige, wie wenig auf die Bedürfnisse der Menschen eingegangen werde. Alle Pläne und Absichten blieben bis heute großteils „heiße Luft“.

Abgeordneter Ing. Martin Huber vertrat die Ansicht, dass es im Gesundheitsland Niederösterreich Standard sein sollte, dass die Krankenhäuser mit Hubschrauberlandeflächen ausgestattet sind. Nur so könne man für Akutfälle die Versorgung sicherstellen. Es sei wichtig, auch in Zeiten der Wirtschaftskrise, die finanziellen Mittel für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Eine wichtige Reform, die noch ausstehe, seien die großen Einsparpotenziale bei den Krankenkassen.

Abgeordneter Benno Sulzberger meldete sich zu Wort und brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Mag. Leichtfried, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner und Hafenecker einen **Resolutionsantrag** betreffend Importbeschränkung für deutsches Schweinefleisch sowie gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner und Hafenecker einen weiteren **Resolutionsantrag** betreffend Herkunftskennzeichnung für Fleisch – A-Stempel ein.

Beide Resolutionsanträge wurden abermals von Präs. Penz nicht zugelassen;

Klubobmann Gottfried Waldhäusl meldete sich zur Geschäftsordnung und betonte, dass eindeutig ein Zusammenhang bestehe, weil es sich um EU-weite Auswirkungen des Dioxin-skandals handle. Dennoch wurden die Anträge von Präsident Penz abgelehnt.

- [Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Hafenecker an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Inseratenkampagne zu befürchteten Schulschließungen.](#)

Antrag Abg. Bader auf Kenntnisnahme der Beantwortung angenommen: Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne.

Abgeordneter Christian Hafenecker sprach von einer „Kaltschnäuzigkeit gegenüber dem Landtag“. Die Anfrage sei leicht zu beantworten gewesen. Von seiner Seite sei die Antwort nicht zu akzeptieren. Die Informationspflicht gegenüber dem Landtag müsse gewahrt bleiben. Er beantragte die „Nicht zur Kenntnisnahme“ der Anfragebeantwortung von LH Pröll - welche jedoch nicht mehr abgestimmt wurde.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl sagte, Abgeordneter Bader habe zwar erklärt, warum die Inserate geschaltet wurden, aber nicht, wer sie in Auftrag gegeben habe. Er forderte „Respekt seitens der Regierung gegenüber dem Landtag“ ein. Die Begründung, dass die exakte Höhe aus Verschwiegenheitsgründen nicht mitgeteilt werden könne, sei laut Waldhäusl „eine Lüge“.

- [Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Razborcan an Landesrat Mag. Heuras betreffend Verbesserungen für die Pendler im Bereich des Verkehrsverbundes Ost-Region](#)

Antrag Abg. Hintner auf Kenntnisnahme der Beantwortung angenommen: Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne;

Resolutionsantrag Abg. Razborcan betreffend Erhöhung der Pendlerhilfe abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne.

Abgeordneter Erich Königsberger betonte ebenso, dass ein Abgeordneter das Recht habe, Anfragen zu stellen. Zur Anfrage des Abgeordneten Razborcan meinte er, dass diese interessant sei, man jedoch keine Antworten erhalten habe.